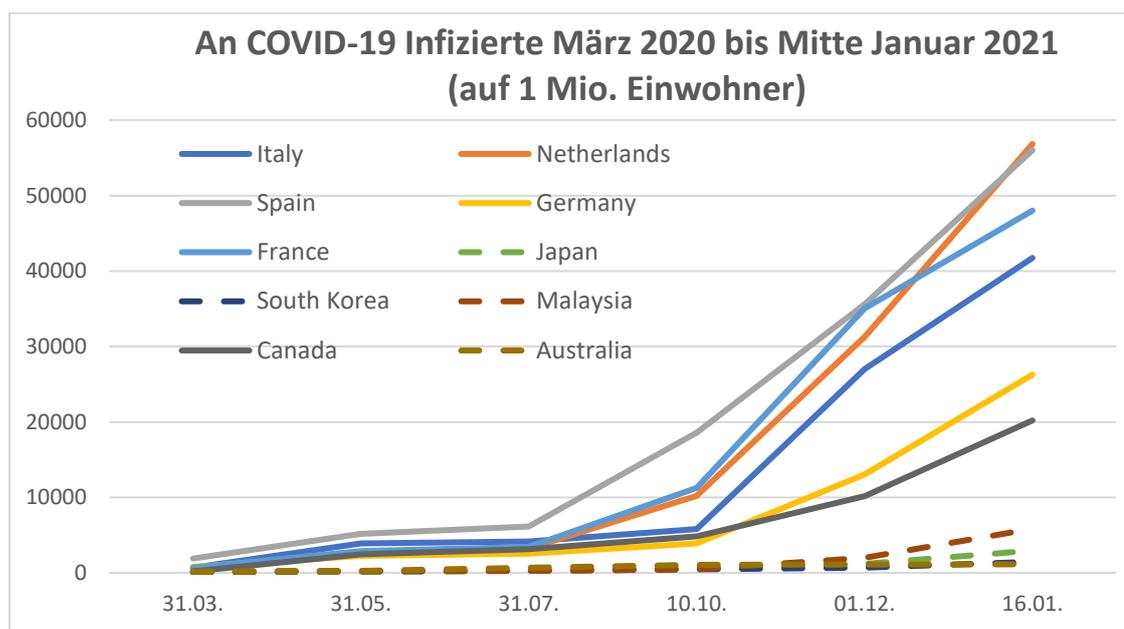


zeroCOVID: Wie richtig sind die Einwände der „Querdenker“ und anderer gegen diesen Vorschlag?

Erstmalig gibt es einen Vorschlag zum Umgang mit der Corona-Pandemie, der nicht von den Regierungsparteien stammt, sondern von VertreterInnen von Fridays for Future, KlimaaktivistInnen und der linken Bewegung. Der Vorschlag nennt sich zeroCOVID und kann hier heruntergeladen werden: <https://zero-covid.org/>. Die Initiatoren schreiben (neben anderem): „Ziel muss sein, die Infektionen auf ein Minimum zu reduzieren und das Virus wirkungsvoll einzudämmen. Das erfordert strikte Lockdown-Maßnahmen, die auch den Bereich der Arbeitsplätze erfassen, gepaart mit einem massiven Aufstocken der Zahl der Beschäftigten in den Gesundheitsämtern, um ein solches Identifizieren und Nachverfolgen erst zu ermöglichen. Ziel muss sein: Jede einzelne SARS-CoV-2-Ansteckung in Europa muss direkt nachvollziehbar sein. Auf dieser Basis wird es möglich sein, Schritt für Schritt wieder ein normales Alltagsleben zu ermöglichen.“ Wie auch immer man zu dem Vorschlag stehen mag – auf ihn wurde inzwischen von offizieller Seite und den sog. „Querdenkern“ reagiert. Grund genug nachzuprüfen, ob Querdenken besser ist als Geradeausdenken.

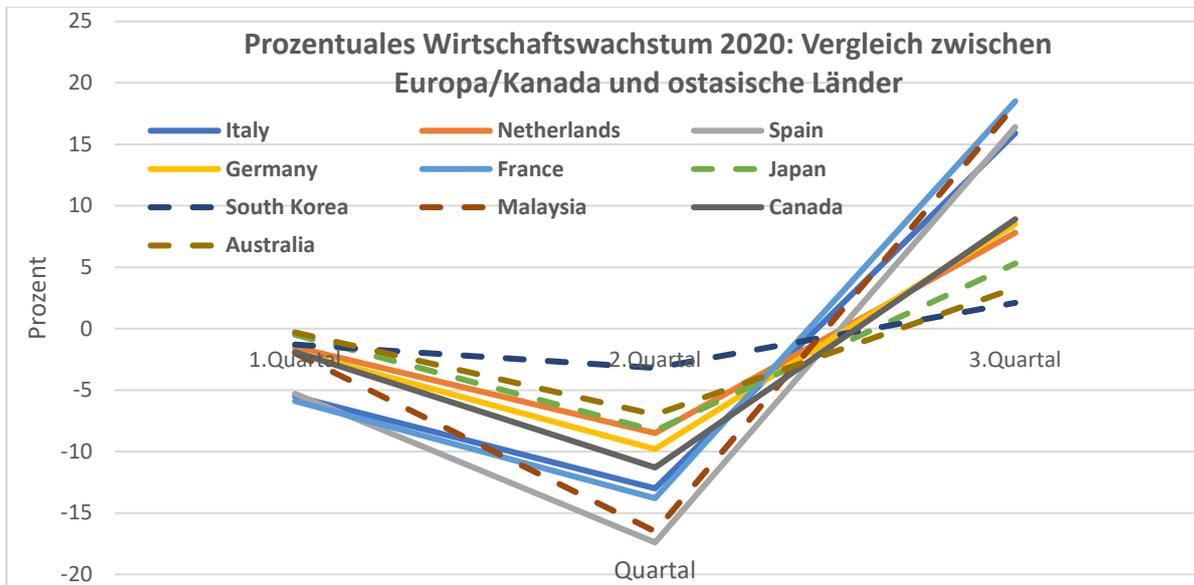
1. „Wenn man den Lockdown verschärft, dann ändert das an der Ansteckungsrate gar nichts.“

Diese These ist eindeutig falsch und richtig wäre eher die umgekehrte. Die fehlende Aufrechterhaltung des Lockdowns in Europa im Sommer hat dazu geführt, dass die Fallzahlen wieder steigen. Länder außerhalb Europas, z.B. in Ost-Asien, mit konsequenteren Verhaltensmaßnahmen verhielten sich klüger. Bei ihnen sind die Fallzahlen konstant niedrig geblieben, während sie in Europa seit dem Herbst wieder steigen (siehe die untenstehende Abbildung mit einer geraden Linie für den Sommer und dann wieder steigenden Zahlen). Konsequente Maßnahmen zur Vermeidung von Kontakten sind also erfolgreich.



2. „Wenn man den Lockdown verschärft, dann brechen Wirtschaft und Wohlstand zusammen“.

Auch diese Aussage ist falsch. Vergleichen wir das Wirtschaftswachstum der Länder Ostasiens mit dem der Länder in Europa, so profitierte jenes von dem konsequenten Vorgehen, wie das zweite Diagramm zeigt. Die Länder in Ostasien hatten einen geringeren Einbruch und stehen heute besser da. Dies gilt, obwohl das dritte Quartal den Eindruck aufkommen lässt, dass die europäischen Ländern sich besser erholt haben. Faktisch hatten sie größere Schwankungen in ihrer Wirtschaftsleistung, liegen aber in der Summe unter der Entwicklung in Ostasien.



3. „Der Zusammenbruch der Wirtschaft wird bei einem Lockdown schon deshalb stattfinden, weil die Industrie global verzahnt ist“. Auch diese Aussage ist inkorrekt: So ist der Güterverkehr bis heute kaum angetastet worden, der Verkehr der Menschen zwischen den Ländern schon. Und auch bei den Menschen gibt es Ausnahmen – genau die, die das Arbeiten betreffen, was man schon an den Hotels sieht, die für Geschäftsreisende geöffnet sind. Der ökonomische Einbruch in Europa betrifft den Dienstleistungssektor, nicht die Industrie (und auch nur einen Teil des Handels, denn die Umsätze im Einzelhandel sind 2020 gestiegen). Und das war schon im Frühjahr so, als der Lockdown umfassender war als jetzt.

4. „Bei der Arbeit stecken sich kaum Menschen an, weil es da entsprechende Verhaltensregeln gibt.“ Ebenfalls inkorrekt: Der Arbeitsplatz steht auf der Liste der Rückverfolgungstatistik (d. h. dem Versuch der Gesundheitsämter rauszufinden, wo die Ansteckung erfolgte) seit März 2020 konstant an dritter Stelle, ist also ein Ort, an dem sich relativ viele anstecken. Und die im Sommer 2020 beschlossene SARS-Cov-2-Arbeitsschutzregel ist nur eine *Soll*regel zum Maskentragen bzw. zum Umorganisieren der Betriebsabläufe, sieht aber weder Sanktionen und noch Kontrollen in den Betrieben vor.

Zur Erinnerung: Es war eine Firma mit engen Kontakten nach China, die zu Beginn der Pandemie im März für den Import des Virus nach Stuttgart sorgte. Es sind die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Fleischindustrie, die für die hohen Erkrankungsraten im Südoldenburgischen sorgten und sorgen. Es ist die „Notwendigkeit“ der Firmenkooperation mit England, die aktuell zu den Erkrankungen an der englischen Variante des Virus in Westerstede führt. Und es sind die Kontakte während der Arbeit und bei der Anfahrt, die die Ausbrüche im Werftbereich Bremerhavens und bei Airbus verantworten.

5. „Es sterben ja sowieso nur die älteren Menschen, trotzdem werden die jüngeren in ihrer Freiheit eingeschränkt.“ Inhaltlich bedeutet dieser Vorschlag wohl nichts anderes, als dass die Älteren weg isoliert werden sollen, während sich die anderen frei bewegen dürfen. Aber auch diese Aussage ist nicht korrekt: COVID-19 führt zu langanhaltenden Beschwerden und Erkrankungen wie Atemnot, Müdigkeit, Geschmacksverlust usw. bei den Überlebenden. Und die Rate dieser langanhaltenden Folgen ist nicht niedrig, sie liegt in ihrer Häufigkeit deutlich im zweistelligen Bereich. Manche Statistiken kommen sogar auf über 40 % dauerhaft Betroffene, wenn man sich auf die Personen konzentriert, die ins Krankenhaus gekommen sind.

6. „Die Politiker in Berlin und in den Landeshauptstädten haben nicht den Mumm im Wahljahr 2021 einzugestehen, dass sie sich mit ihren Maßnahmen geirrt haben.“ Klar gab es Irrtümer bei der Verordnung der COVID-19-Maßnahmen - wir würden sagen interessengeleitete Fehlentscheidungen. Z.B. den Fehler, die Produktion von Airbussen, SUVs, Kriegsinstrumenten, Kreuzfahrtschiffen etc. nicht einzustellen. Denn sie werden einfach nicht benötigt - schon gar nicht in COVID-19 Zeiten. Und auch wenn wir teilweise der zeroCOVID-Initiative gegenüber skeptisch sind:

Die Debatte um Arbeitsinhalte, Arbeitsproduktivität und -verhältnisse sowie um Mobilität hat gesellschaftlich unter COVID-19 erst begonnen. Sie wird fortgesetzt werden müssen - wegen der Notwendigkeit der Gleichheit zwischen den Menschen im Verbrauch von Ressourcen, wegen der Fürsorge im Umgang mit der Natur, wegen der gemeinsamen Kooperation, die gebraucht wird, um die Reproduktion aller Menschen sicherzustellen, wo immer sie auch leben. Aber auch, um Freiheit zu etablieren, z.B. gegen rücksichtslose Egoisten, Pseudoindividualisten und gegen Kapitalinteressen, die ihre Freiheit für bedeutsamer einschätzen als die Freiheit der anderen.